

Antrag Nr.



Fraktion im Rat der Stadt Essen

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Kufen

Rathaus Porscheplatz

Kopstadtplatz 13,
45127 Essen
Telefon (02 01) 24 76 41 3
Fax (02 01) 24 76 41 9
E-Mail info@gruene-fraktion-essen.de

21.11.2016

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeiten
Rat der Stadt Essen	23.11.2016	Entscheidung

TOP 11: Haushalt 2017/2018

Sehr geehrter Oberbürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, der Rat der Stadt Essen beschließt folgende Änderungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018:

Lfd. Nr.	GB	Maßnahme	Änderungen zum Haushaltsplanentwurf	
			2017	2018
1	2	Erhöhung des Verlustausgleichs für die EVAG Die Essener Verkehrs-AG muss in die Lage versetzt werden, um Maßnahmen im Rahmen der zweiten Fortschreibung des Nahverkehrsplans zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes finanzieren zu können. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen in folgenden Bereichen: - deutliche Verbesserung des Abendverkehrs mit Taktverdichtung und Ausdehnung, - deutliche Verbesserung des Nachtverkehrs (Nachtexpress-Buslinien) an allen Wochentagen, - Verdichtung des Taktes auf besonders stark frequentierten Linien am Wochenende. In den 6 Mio. Euro sind auch die 1,3 Mio. Euro an zusätzlichen Mitteln für die EVAG enthalten, die der Rat am 28.9.2016 im Rahmen der zweiten Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Essen (Vorlage 0825/2016/6B) beschlossen hat.	- 6.000.000 €	- 6.000.000 €
2	2	Verkauf der städtischen RWE-Aktien Die Stadt Bochum hat im Oktober 2016 durch den Verkauf von 2,2 Mio. RWE-Aktien nach Abzug der Kosten und Buchwerte rund 11 Mio. Euro Erlös erwirtschaftet. Die Stadt Essen und ihre Beteiligungen verfügen über insgesamt	5.000.000 €	

		18,8 Mio. RWE-Aktien. Der konkrete Erlös aus dem Aktienverkauf ist abhängig von der Kursentwicklung der RWE-Aktie in der nächsten Zeit. Derzeit stehen die RWE-Aktien als Vermögen mit 11,71 Euro in der städtischen Bilanz. Der Aktien-Kurs der RWE-Aktie lag am 22.11.2016 bei 12,03 Euro (Differenz: 0,32 Euro). Zu berücksichtigen sind außerdem mögliche Einnahmen aus der RWE-Dividende, die allerdings alles andere als gesichert sind. Im Haushaltsplanentwurf wird mit Dividendeneinnahmen von 0,25 Euro pro Aktie kalkuliert.		
3	3	Gemeinsamer Streifendienst mit der Polizei Entgegen dem Haushaltsplanentwurf, der eine Aufstockung der Stellen für die Doppelstreife des Ordnungsamtes von derzeit 12 auf 19 Stellen in 2017 und 25 Stellen in 2018 vorsieht, bleibt es bei den 12 Stellen auch in 2017 und 2018.	322.000 €	598.000 €
4	3	Erhöhung der Stellen für Verkehrsüberwachung Schaffung von acht Stellen für Verkehrsaufseherinnen und Verkehrsaufseher zur Überwachung von Geschwindigkeitsüberschreitung und Parkgebühren. Damit wird die Stellenkürzung im Bereich Verkehrsüberwachung im Doppelhaushalt um rund 6 Stellen rückgängig gemacht.	-368.000 €	-368.000 €
5	3	Erhöhung der Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung Durch den Einsatz von vier weiteren Stellen (VZÄ) als Verkehrsaufseherinnen und Verkehrsaufseher (Überwachung von Geschwindigkeitsüberschreitung und Parkgebühren) können deutlich mehr Bußgelder bei Verkehrsverstößen eingenommen werden. Ein/e Verkehrsaufseher/in generiert im Schnitt Einnahmen von rund 80.000 €.	640.000 €	640.000 €
6	3	Einnahmesteigerungen bei den Parkgebühren Die Stadt Essen zeichnet sich im Vergleich mit anderen Großstädten durch sehr moderate Parkgebühren aus. Daher ist eine Erhöhung der Gebühren in den Parkzonen des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes vertretbar.	300.000 €	300.000 €
7	4	Institutionelle Förderung freier Kulturträger Zur Kompensation wegfallenden Stiftungsmittel und wegen der besonderen Bedeutung für das kulturelle Angebot bedarf es der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die freien Kulturträger.	-150.000 €	-150.000 €
8	5	Betreuung von Flüchtlingen in Privatwohnungen Die bislang mit Caritas und Diakonie abgeschlossenen Verträge zur sozialen Betreuung von Flüchtlingen außerhalb städtischer Sammelunterkünfte reichen bei weitem nicht aus, um den bereits vorhandenen und noch wachsenden Betreuungsbedarf zu decken. Hier sind Mittel für 6 weitere Sozialarbeiter/innen bereit zu stellen.	-276.000 €	-276.000 €

9	5	<p>Schaffung von vier dezentralen Anlaufstellen zur Bündelung der Integrationsarbeit mit Flüchtlingen</p> <p>Nach dem Vorbild der „Welcome Points“ der Stadt Düsseldorf sollen verteilt über das Stadtgebiet vier dezentrale Anlaufstellen zur Integration von Flüchtlingen geschaffen werden. Durch diese sollen eine Beratungs-, Informations- und Vernetzungsarbeit auf Stadtbezirksebene geleistet, bestehende Ressourcen zur Integration von Flüchtlingen koordiniert und Helferstrukturen aufgebaut werden. Zielgruppe dieser Anlaufstellen sind Flüchtlinge außerhalb von Sammelunterkünften bzw. mit verfestigtem Aufenthaltsstatus (auch anerkannte Asylbewerber/innen, die aus eigenen Stücken aus anderen Kommunen nach Essen zugezogen sind und derzeit weitgehend aus dem Raster der Hilfsstrukturen fallen) sowie ehrenamtlich Interessierte und institutionelle Akteure in der Flüchtlingshilfe. Die Anlaufstellen sollen die Schnittstelle zwischen den städtischen Ämtern, den hauptamtlichen Trägern der Flüchtlingshilfe und den ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen sowie der Bezirksvertretung verkörpern.</p> <p>Kernaufgaben für die Zielgruppe Flüchtlinge sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begleitung und Unterstützung bei Behördenangelegenheiten, - Sprach- und Kulturvermittlung, - Hilfe bei der Beschaffung von Wohnraum, - Hilfe bei der Beschaffung von Bildungs- bzw. Praktikumsangeboten, - Unterstützung bei Integrationsmaßnahmen. <p>Jede dieser vier Anlaufstellen ist mit einer hauptamtlichen Vollzeitstelle auszustatten und sollte mindestens 4 Stunden an 4 Wochentagen geöffnet sein. Anzustreben ist eine Übertragung der Trägerschaft für diese Anlaufstellen auf die Essener Wohlfahrtsverbände und ein Einwerben von Fördermitteln wie in Düsseldorf (hier werden drei Welcome Points mit Mitteln des NRW-Sonderprogramms „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ gefördert).</p>		
10	5	<p>Erhöhung der Mittel für den offenen Ganzttag</p> <p>Seit Einführung der Offenen Ganztagschule (OGS) in Essen zum Schuljahr 2003/2004 ist eine kontinuierliche Steigerung von Betreuungsplätzen nachzuweisen, die die große Nachfrage am Angebot widerspiegelt. Es bedarf weiterer Mittel, um beim weiteren Ausbau des OGS-Angebotes die notwendigen Qualitätsstandards zu erfüllen.</p>	-200.000 €	-200.000 €
11	5	<p>Reduzierung der Elternbeiträge bei Kitas für Geringverdienerinnen und Geringverdiener</p> <p>Die Satzung der Stadt Essen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen und Spielgruppen und Kostenbeteiligung der Eltern in der Kindertagespflege vom 28.4.2008, zuletzt geändert am 26.4.2014 wird dahin geändert, dass die Schwelle für das Bruttoeinkommen mit einer Beitragsfreiheit in Kindertageseinrichtungen bis zur Schulpflicht von derzeit 13.000 Euro auf 18.000 Euro heraufgesetzt wird.</p>	-500.000 €	-500.000 €
12	5	<p>Erhöhung der Förderung der Frauenberatung Essen</p> <p>Die Essener Frauenberatung leistet unverzichtbare Beratungsleistungen für Frauen, die sich in einer Krisensituation (z.B. aufgrund häuslicher Gewalt, sexueller Gewalt, oder Trennungssituation) befinden.</p> <p>Der städtische Personal- und Sachkostenzuschuss von 90.208 €</p>	-1.000.000 €	-1.000.000 €
			-40.000 €	-40.000 €

		wurde zuletzt im Jahr 2003 erhöht. Das strukturelle Defizit der Frauenberatungsstelle liegt bei 39.000 €.		
13	6A	<p>Abriss von städtischen Schrottimmobilien</p> <p>Noch immer befinden sich zahlreiche leerstehende und heruntergekommene Gebäude im städtischen Besitz. Der Leerstand verursacht unnötige Kosten und verhindert eine Vermarktung.</p>	-1.000.000 €	-1.000.000 €
14	6A	<p>Mehr Personal für die Bereiche Tiefbau und Immobilienwirtschaft</p> <p>In den nächsten Jahren hat die Essener Bauverwaltung ein riesiges Investitionsprogramm zu bewältigen. Selbst bei einer Verlagerung von Teilaufgaben auf die städtische GVE verbleibt ein Bedarf von mindestens 15 zusätzlichen Stellen.</p>	-690.000 €	-690.000 €
15	6A	<p>Mehr Personal für die Bereiche Immissionsschutz, Bodenschutz und Landschaftsschutz</p> <p>Schaffung von fünf zusätzlichen Stellen in der Unteren Immissionsschutzbehörde, der Unteren Bodenschutzbehörde und der Unteren Landschaftsbehörde aufgrund gewachsener Aufgaben (z. B. Erstellung des Landschaftsplans Nord) und personeller Unterbesetzung.</p>	-230.000 €	-230.000 €
16	6A	<p>Ersatz von Bäumen infolge des Sturms Ela an Kitas und Schulen</p> <p>Pflanzung von rund 300 Bäumen auf Schul- und Kitagrundstücken, die durch den Sturm Ela verloren gegangen sind.</p>	-300.000 €	-300.000 €
17	6A	<p>Finanzierung von Maßnahmen aus der Spielraumanalyse in den von Kinderarmut betroffenen Stadtteilen</p> <p>Die mit dem Ratsbeschluss vom 26.02.2014 (0116/2014/6A „Nachtragswirtschaftsplan GGE für 2014 und überplanmäßige Mittelbereitstellung für Spielplatzinvestitionen“) zur Verfügung gestellten Mittel sind auch für den Ausbau neuer Spielplätze in den Defiziträumen der Spielraumanalyse (0676/2016/6A) einzusetzen.</p> <p>Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob außerplanmäßige oder zusätzliche Ressourcen für eine Stelle zur Steuerung und Koordination der Umsetzung der in der Spielraumanalyse beschriebenen Maßnahmen in den räumlichen Geltungsbe-reichen des Kinderarmutskonzeptes in Anspruch genommen werden können. Dabei soll geprüft werden, ob durch Förderprogramme (wie z.B. „soziale Stadt“ und „starke Quartiere – starke Menschen“) ergänzende Personalressourcen akquiriert werden können und wie bestehende Strukturen (z.B. ASD Nebenstellen, AK Kinderarmut, Kinderbüro) im Rahmen eines konkreten Handlungskonzeptes eingebunden werden können.</p>	-500.000 €	-500.000 €
18	6A	<p>Unterhaltung von Radwegen</p> <p>Um dem Ziel aus der Bewerbung zur Grünen Hauptstadt 2017 im Hinblick auf eine Erhöhung des Radverkehrsanteils in Essen von derzeit 6 Prozent auf 25 Prozent im Jahr 2035 gerecht zu werden, muss die Radverkehrsinfrastruktur deutlich verbessert werden.</p> <p>In den Jahren 2017 und 2018 werden jährlich 500.000 Euro jährlich (zusätzlich zu den bereits 500.000 Euro etatisierten Mitteln) für Instandhaltung von Rad- und Fußwegen verwendet. Diese Maßnahmen erfolgen haushaltneutral durch Umschichtung der für die Erneuerung von Straßen vorgesehenen Mittel.</p>		

19	6A	<p>Neue Radwege / Programm 100 Fahrradstraßen in Essen</p> <p>Für die Jahre 2017 und 2018 werden jeweils 1,0 Mio. Euro an Investitionsmitteln etatisiert für neue Radwege sowie die Schaffung von 41 zusätzlichen Fahrradstraßen (59 Fahrradstraßen existieren bereits in Essen). Diese Maßnahmen erfolgen haushaltneutral durch Umschichtung der für den Straßenbau vorgesehenen Investitionsmittel.</p> <p>(Prioritätenliste B – Neue Maßnahmen).</p>		
20		<p>Schaffung von 8 Mobilpunkten</p> <p>Mobilstationen sind ein zentraler Baustein des Umweltverbundes, da dort eine Verknüpfung von ÖPNV, Car-Sharing, Bike-Sharing, Taxi und ggf. S-Bahn-Leistungen angeboten wird. Derzeit befinden sich die ersten beiden Stationen am S-Bahnhof in Steele und am Landgericht in Rüttenscheid im Bau. Weitere 8 Mobilstationen sind in Planung.</p>	-400.000 €	-400.000 €
21	6A	<p>Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit</p> <p>Im Februar 2016 wurde die Stadt Essen erneut als "Fairtrade Town Essen" ausgezeichnet. Die Einbeziehung des Fairen Gedankens wurde auch in die Planungen der Grünen Hauptstadt Europas 2017 einbezogen. Dieses Engagement soll mit jährlich insgesamt 100.000 Euro (siehe auch laufende Nummer 22) in den Jahren 2017 und 2018 unterstützt werden.</p>	-90.000 €	-90.000 €
22		<p>Koordinationsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit</p> <p>Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bietet Kommunen über die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt eine 90%ige Förderung einer Koordinationsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit an. Diese Förderung erfolgt über 24 Monate. Die Koordinationsstelle dient z.B. der (Weiter-)Entwicklung entwicklungspolitischer Handlungskonzepte, Schaffung von Strukturen zur nachhaltigen Verankerung kommunaler Entwicklungspolitik, Umsetzung und Begleitung von bzw. Beratung bei zusätzlichen entwicklungspolitischen Maßnahmen und Projekten, Auf- und Ausbau internationaler entwicklungspolitischer Kommunalbeziehungen mit Südkommunen bzw. Vernetzung von und mit entwicklungspolitischen Akteuren in der Kommune bzw. Organisation von Netzwerkveranstaltungen oder Austauschforen.</p>	-10.000 €	-10.000 €
23	6A	<p>Sanierung der Gesamtschule Nord</p> <p>Laut des Entwurfes der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Essen sind Mittel in Höhe von 10 Mio. Euro zur Sanierung der Gesamtschule Nord erst ab dem Jahr 2021 vorgesehen sind. Der Abriss der maroden Pavillons und die Errichtung eines neuen zweistöckigen Gebäudes sind bereits ab dem Jahr 2018 vorzusehen. Hierdurch werden nicht nur Energiekosten gespart, es wird auch die Barrierefreiheit dieser für die Inklusion sehr wichtiger Schule verbessert und dem akuten Raumbedarf an dieser Ganztagschule begegnet. Für die notwendigen 10 Mio. Euro stehen die Mittel aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ zur Verfügung, aus dem die Stadt Essen in den Jahren 2017 bis 2020 insgesamt 81,6 Mio. Euro enthält.</p> <p>(Prioritätenliste B – Neue Maßnahmen).</p>		

24	6A	<p>Investitionsprogramm Schulturnhallen</p> <p>Durch die Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) des Bundes ist zwar eine energetische Sanierung mehrerer Turnhallen finanziell abgesichert.</p> <p>Es werden allerdings darüber hinaus sehr viel weitere Investitionsmittel für eine Generalsanierung vieler Schulturnhallen benötigt. Da diese häufig auch von den Essener Sportvereinen benutzt werden, kommt diese Maßnahme dem Essener Sport insgesamt zu Gute.</p> <p>25 Mio. Euro von den 81,6 Mio. Euro, die die Stadt aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ in den Jahren 2017 bis 2020 erhält, sind für das Investitionsprogramm Schulturnhallen vorzusehen.</p> <p>(Prioritätenliste B – Neue Maßnahmen).</p>		
25	6A	<p>Generalsanierung / Teilweiser Neubau der Gesamtschule Bockmühle</p> <p>Die 1972 erbaute Gesamtschule Bockmühle ist extrem sanierungsbedürftig. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Neubau von Teilen der Schule wirtschaftlicher ist als eine Sanierung.</p> <p>Laut des Entwurfes der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Essen sind Mittel zur Generalsanierung der Gesamtschule Bockmühle in Höhe von jeweils 10 Mio. Euro in den Jahren 2019 und 2020 vorgesehen sind. Diese Mittel sind um weitere 15 Mio. Euro aus den 81,6 Mio. Euro Investitionsmitteln des Landesprogramms „Gute Schule 2020“ aufzustocken. Mit den Planungen ist bereits im Jahr 2017 zu beginnen.</p> <p>(Prioritätenliste B – Neue Maßnahmen).</p>		
26	6A	<p>Neubau der Frida-Levy-Gesamtschule</p> <p>Das in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts erbaute Gebäude der Frida-Levy-Gesamtschule ist stark sanierungsbedürftig. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Neubau auf dem künftig frei werdenden Grundstück von Ikea an der Altendorfer Straße zu prüfen. Hier gibt es nicht nur eine hervorragende Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, durch die Nähe zu Universität, Folkwang Musikschule und Weststadthalle würde auch ein Bildungszentrum entstehen mit vielfältigen Vernetzungs- und Kooperationsmöglichkeiten dieser Einrichtungen.</p> <p>Ein Abriss der Frida-Levy-Gesamtschule ermöglicht eine städtebauliche Neuplanung eines größeren Bereiches im Umfeld der Alten Synagoge. Mit dem noch nicht vermarkteten Gelände der ehemaligen Volkshochschule und dem leer stehenden Hauptbad entstünde eine städtebauliche Filetlage, für die sich sicherlich viele Investoren interessieren würden.</p> <p>Insgesamt 30 Mio. Euro von den 81,6 Mio. Euro Investitionsmitteln, die die Stadt aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ erhält, sind in der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2019 und 2020 für den Neubau der Frida-Levy-Gesamtschule vorzusehen.</p> <p>(Prioritätenliste B – Neue Maßnahmen).</p>		

27	6B	Planungskosten für die Bahnhofstangente Im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Essen gilt die geplante "Bahnhofstangente" als eine der wichtigsten Maßnahmen. Diese ist für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Schienennetz eine wichtige Voraussetzung zur Entlastung der Tunnelstrecken im Bereich des Hauptbahnhofs und zur Abwicklung der höheren Fahrgastzahlen. Die Planung für die Bahnhofstangente sieht eine oberirdische Neubaustrecke von der Steeler Straße über die Holle- und Hachestraße bis zum Berthold-Beitz-Boulevard vor. Mit den Planungen ist noch im Jahr 2017 zu beginnen.		
			-150.000 €	
28	6B	Ankauf und Abriss von Schrottimmobilien Der Ankauf und Abriss von Schrottimmobilien in privater Hand durch die Stadt Essen ist eine Maßnahme, um wichtige soziale und stadtentwicklungspolitische Ziele zu verwirklichen. Es ist zum einen ein Instrument, um gegen verwaahlte Wohnungen und schwarze Schafe unter den Vermietern vorzugehen. Zum anderen lassen sich hierdurch dringend benötigte neue Wohn- und Gewerbeflächen mobilisieren.		
			-3.000.000 €	-3.000.000 €
29	6B	Erlöse aus dem Verkauf von niedergelegten Immobilien Aus der Vermarktung von Grundstücken mit niedergelegten Immobilien (sowohl städtische wie auch ehemals private) lassen sich bei der derzeit sehr hohen Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeflächen gute Erlöse erzielen.		
			2.000.000 €	2.000.000 €
		Summe aus Anträgen der Ratsfraktion der Grünen		
			-6.642.000 €	-11.216.000 €
		Verbesserungen gegenüber dem Haushaltsplanentwurf laut Verwaltungsvorlage 1617E1/2016/2		
			8.973.139 €	714.734 €
		Veränderungen gegenüber dem Haushaltsplanentwurf		
			2.331.139 €	-10.501.266 €

Die Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Hiltrud Schmutzler-Jäger
Fraktionsvorsitzende